Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9723**

14. Wahlperiode 03. 07. 2002

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ina Lenke, Klaus Haupt, Dr. Irmgard Schwaetzer, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Gudrun Serowiecki, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Ina Albowitz, Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksachen 14/7435, 14/9186 –

„Wir sind bereit“: Versprechen der Bundesregierung – Anspruch und Wirklichkeit

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Wirklichkeit von Familien hat sich gewandelt, aber die Bedeutung von Familie nimmt unter jungen Menschen wieder zu. Die Rahmenbedingungen müssen allerdings dringend verbessert werden. Deutschland braucht eine kinder- und familienfreundlichere Perspektive.

Pluralisierung, Individualisierung und neue Lebensentwürfe von Frauen und Männern haben in unserer Gesellschaft zu vielfältigen Lebensformen und Lebensstilen von Familien geführt. Ehe und Familie sind dabei nicht nur Ausdruck persönlicher und sozialer Bindung. Sie sind auch das kleinste und bedeutendste soziale Netz und stehen zu Recht unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.

Die Entscheidung für Kinder ist durch eine echte Wahlfreiheit endlich möglich zu machen. Tatsächliche Freiheit bei der Entscheidung für Kinder setzt voraus, dass insbesondere der Staat familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen schafft. Die gesamte Lebens- und Arbeitswelt in Deutschland muss kinder- und familienfreundlicher werden, damit nicht die Perspektive Deutschlands eine kinderlose Gesellschaft ist. Ohne Kinder keine Zukunft! Darüber hinaus ist der Staat dort gefordert, wo Eltern allein der Verantwortung für das Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen nicht gerecht werden können. Gerechtigkeit zwischen den Generationen ist herzustellen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. Familien mit Kindern weiter steuerlich zu entlasten. Die FDP hat ein umfassendes neues Steuerkonzept vorgelegt, das unter anderem für Familien eine deutliche Absenkung der Steuerbelastung bringt: Das Existenzminimum der Familie bzw. der Einzelpersonen bleibt danach als indisponibles Einkommen steuerfrei; nur das darüber hinausgehende Einkommen darf der progressiven Besteuerung unterworfen werden. Zur Freistellung des Existenzminimums soll es für jeden Bürger, also auch für jedes Kind, einen einheitlichen Grundfreibetrag von 7 500 Euro pro Jahr geben. Der besonderen Belastung von Familien einschließlich der allein Erziehenden wird durch diese deutliche Erhöhung des Freibetrags für Kinder Rechnung getragen. Es wird anerkannt, dass auch Kinder eigenständige Individuen sind, die eines soziokulturellen Existenzminimums bedürfen, um an unserer Gesellschaft angemessen teilhaben zu können;
2. für Familien, die von der Steuerentlastung nicht profitieren, das direkt ausgezahlte Kindergeld zu erhalten und entsprechend an den neuen steuerlichen Freibetrag von 7 500 Euro je Kind anzupassen;
3. anfallende Betreuungskosten, wie Kita-Gebühren, Kosten für Tagesmütter etc. für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Werbungskosten und für Selbstständige als Betriebsausgaben steuerlich anzuerkennen;
4. die steuerliche Abzugsfähigkeit von sozialversicherungspflichtigen hauswirtschaftlichen Beschäftigungsverhältnissen als außergewöhnliche Belastungen wieder einzuführen;
5. die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit zu fördern und den Aufbau eines flächendeckenden kinder- und elterngerechten Angebotes an Kindertageseinrichtungen in Kooperation mit den Ländern und Gemeinden zu unterstützen. Dazu spricht sich der Deutsche Bundestag für die Einführung des so genannten Kita-Gutschein-Modells aus. Damit wird der Anspruch der Eltern auf eine Kinderbetreuung bestätigt, ohne dass damit die Zuweisung eines konkreten Platzes verbunden ist. Mit dem Kita-Gutschein treten die Eltern am Markt der Anbieter als Nachfrager auf und suchen sich die gewünschte Leistung aus. Durch die mit dem Kita-Gutschein verbundene Förderung von nichtstaatlichen Kinderbetreuungsformen wie private Einrichtungen und Tagesmütter bietet sich auch die Chance, Kinderbetreuungsangebote beispielsweise in ländlichen Regionen zu schaffen, wo die Kinderzahl die Gründung eines Kindergartens nicht rechtfertigt, sehr wohl aber die Einrichtung einer Tagesmuttergruppe;
6. bei der Einrichtung von Ganztagsschulen eine Bundes-Förderung von Modellvorhaben von Bundesländern und Kommunen anzubieten. Gerade im Bereich der Ganztagsbetreuung sind sehr unterschiedliche an die jeweiligen örtlichen Verhältnisse angepasste Konzeptionen denkbar und wünschenswert. Der Ausbau von Kooperationsmöglichkeiten zwischen Schulen und Vereinen ist zu fördern. Auch die Vergabe von Ganztagsbetreuung an geeignete private Betreiber (Vereine, Kirchen, Lehrer- und Elterngruppen) sollte möglich sein. Zur Förderung von Kreativität und Selbständigkeit muss der Stellenwert musischer und künstlerischer Bildung deutlich gestärkt werden;
7. Maßnahmen zur Förderung einer familiengerechten Arbeitswelt zu entwickeln. Der deutsche Arbeitsmarkt ist ausgesprochen rigide gestaltet. Gerade für Eltern ist die mangelnde Flexibilität des Arbeitsmarktes von Nachteil: Sie haben kaum eine Chance ihre Arbeitskraft entsprechend ihrer jeweiligen Lebenssituation auf dem Arbeitsmarkt ganz oder teilweise anzubieten oder auch temporär aus der Arbeitswelt auszusteigen. Eine höhere Flexibilität des Arbeitsmarktes, auch durch den Verzicht auf überzogene Schutzbestimmungen, die sich gegen die Beschäftigten verkehren, ist dringend erforderlich.

Weitere Kernelemente zur besseren Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit sind: Die Flexibilisierung der Arbeitszeit, nicht nur in Form von traditionellen starren Teilzeitmodellen, sondern auch mit Jahres- oder Lebensarbeitszeitkonten und anderen kreativen Modellen, die private und betriebliche Bedürfnisse in Einklang bringen, eine Flexibilisierung beim Arbeitsort durch Modelle wie Teleheimarbeit, Satellitenbüros, Wohnraumarbeit u. a. Auch Ausbildung, Studium und auch Fort- und Weiterbildung müssen so gestaltet sein, dass sie auch für Menschen mit Familienpflichten zugänglich sind.

Berlin, den 3. Juli 2002

Ina Lenke
Klaus Haupt
Dr. Irmgard Schwaetzer
Ina Albowitz
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Detlef Parr
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Gerhard Schüßler
Gudrun Serowiecki
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Dieter Thomae
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333